

Konsequenzen aus der Dioxinkrise und dem Krisenmanagement

Forderungskatalog



Todendorf, 19.01.2011

Die Dioxinkrise vernichtet in einem Moment alle Erfolge von uns Landwirten, denn wir arbeiten täglich für sichere und gute Lebensmittel. Sie geht aber auch an die Basis der wirtschaftlichen Existenz vieler Landwirte, nicht nur bei denen, die direkt von Vermarktungssperren betroffen sind oder waren.

Der derzeitige Preisverfall trifft uns alle, Verbraucher sind verunsichert und auf den Betrieben wird Existenzangst geschürt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Kurzfristige Bereitstellung von Bürgschaften und Liquiditätshilfen für unverschuldet in Not geratene landwirtschaftliche Betriebe.
- Etablierung eines effizienten Frühwarnsystems.
- Verschärfung der Futtermittelkontrollen an der Quelle, bei den Futtermittelfirmen und deren Zulieferfirmen.
- Strengere Zulassungsvoraussetzungen und Registrierungspflicht für Firmen, die Futtermittel herstellen, lagern, handeln oder transportieren.
- Strikte Trennung bei Verarbeitung, Lagerung und Transport von Fetten/Ölen für Industrie und Futtermittel bzw. Lebensmittel.
- Farbliche Einfärbung von Fetten/Ölen, die nur für die Industrie zugelassen sind.
- Positivliste der für Futtermittel zugelassenen Inhaltsstoffe und offene Deklaration aller Bestandteile von Futtermittellieferungen an den Empfänger auf den Lieferscheinen.

- Verpflichtende durchgängige Nutzung und Verwendung der VVVO-Nummern der belieferten landwirtschaftlichen Betriebe auf Lieferscheinen von Futtermittelfirmen und bei den Futtermittelkontrollen im Rahmen der Eigen- und der staatlichen Kontrollen.
- Einrichtung eines ausreichend dimensionierten Haftungsfonds bzw. einer entsprechenden obligatorischen Versicherung der Futtermittelfirmen, die Schäden bei belieferten Landwirten auch bei Insolvenz des verursachenden Unternehmens oder vorsätzlichem bzw. kriminellern Handeln übernehmen.

Wir erwarten, dass das BMELF vierteljährlich Bericht über den Stand der Umsetzung der Erklärung der AMK-Sonderkonferenz vom 18.01.2011 vorlegt.

Wir bitten die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern, die Möglichkeit der Minderung von Steuervorauszahlungen, Steuerstundungen und Stundung von Pachtzahlungen für Landesflächen bei besonders betroffenen Betrieben zu prüfen.

Wir bitten die Kommunen des Landes M-V Anträge von besonders betroffenen Betrieben auf Erlass der Grundsteuer sowie Stundungsanträge und/oder Erlassanträge für die Gewerbesteuer zu genehmigen.

Wir erwarten, dass sich der Verband der Deutschen Tiernahrung an der Aufarbeitung des großen Imageschadens für die Landwirte spürbar beteiligt.

Landesvorstand des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Rainer Tietböhl
Präsident